

## **Frieden? Menschenrechte? Oder doch das Geschäft?**

Im komplexen Interessensgeflecht zwischen Wirtschaft, Umwelt, Menschenrechten und Frieden Politikkohärenz herzustellen, ist eine Herausforderung. Dies wird am Beispiel des Schweizer Engagements in Honduras deutlich, das Fragen von Kohärenz und Widerspruch auf unterschiedlichen Ebenen aufwirft.

Die erste Ebene betrifft das Programm der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Konflikttransformation. Die beiden Programmkomponenten „Schutz von Menschenrechtsverteidiger\_innen<sup>1</sup> (MRV)“ auf der einen – und „Zusammenarbeit mit der honduranischen Polizei“ auf der anderen Seite, sind für viele Akteure nicht miteinander vereinbar. Die Unterstützung von bedrohten Personen und Organisationen hat sich die Schweiz spätestens mit der Verabschiedung der Leitlinien zum Schutz von MRV auf die Fahne geschrieben. Diese Unterstützung ist in Honduras auch bitter nötig, da mächtige Kreise versuchen, die organisierte Zivilgesellschaft und insbesondere regierungskritische Menschenrechtsorganisationen mit Drohungen, willkürlichen Verhaftungen und Angriffen auf Leib und Leben zum Schweigen zu bringen. Der honduranische Staat kommt seiner Schutzpflicht nicht nach, da gemäss Aussagen verschiedener Akteure sowohl die Nationale Menschenrechtskommission, als auch grosse Teile der Polizei mit den Täter\_innen unter einer Decke stecken. Korruption und Machtmissbrauch sind an der Tagesordnung. Die Schweiz und die EU investieren jedoch im Rahmen einer umfassenden Polizeireform viel Geld in ebendiese Institution und suchen die Zusammenarbeit mit ihr. Damit legitimieren sie in den Augen vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen die Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei und untergraben dadurch das Vertrauen in die internationale Gemeinschaft.

An diesem Beispiel lässt sich zeigen wie die Ansätze der Konflikttransformation und Friedensförderung mit denjenigen der Menschenrechtsarbeit in Konflikt geraten. Das Engagement der DEZA im Rahmen der Polizeireform in Honduras ist der Konflikttransformation zuzuordnen. Solchen Initiativen wird von Menschenrechtsseite häufig vorgeworfen, sie würden Menschenrechtsverletzungen legitimieren, indem sie Täter\_innen an den Tisch holt und hinter geschlossenen Türen verhandelt, statt Ungerechtigkeiten öffentlich anzuprangern und sich auf die Seite der Opfer zu stellen. Der Schutz von MRV – ebenfalls Teil des DEZA Programms in Honduras – ist wiederum ein Thema, das die Menschenrechtsorganisationen für sich beanspruchen. Diese werden von Akteuren der Friedensförderung kritisiert, mit ihrer klaren Positionierung und dem oft konfrontativen Ansatz Konflikte und Gewalt zu schüren, statt im Dialog und in der Zusammenarbeit mit allen Parteien nach Lösungen zu suchen. Das DEZA Programm in Honduras vereint also zwei Ansätze, die von Vielen als gegensätzlich verstanden werden. Insbesondere für lokale Organisationen ist es nur schwer verständlich, wie sich ein und derselbe Akteur gleichzeitig für Menschenrechte einsetzen und mit der Polizei kooperieren kann. Die

---

<sup>1</sup> Diese Schreibweise aus der geschlechtergerechten Sprache definiert das Männliche und das Weibliche als zwei Pole, wobei die *Underline* für den Raum dazwischen steht, in dem eine Vielzahl von unterschiedlichen Geschlechteridentitäten denkbar wird.

Politik der internationalen Gemeinschaft wird somit als intransparent und inkohärent wahrgenommen. Es kommt hinzu, dass sowohl bei staatlichen Akteuren wie auch bei Nichtregierungsorganisationen (NGOs) die Friedensförderung und die Menschenrechte häufig in verschiedenen institutionellen Abteilungen verankert sind und sich aus unterschiedlichen Geldtöpfen speisen. Im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) wird das in der thematischen Abgrenzung zwischen der Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS) und der DEZA sichtbar. Gerade in Honduras wird zwar versucht, diese institutionellen Silos mit einem gemeinsamen Projekt von AMS und DEZA zu überwinden und auch die neue Botschaft über Internationale Zusammenarbeit 2017-2020 zielt auf eine stärkere Integration von Menschenrechten, Frieden und Entwicklung ab. Es bleibt jedoch unklar, wie eine echte Integration stattfinden, wie institutionelle Hürden abgebaut und vor allem mit welchen Ressourcen diese engere Verknüpfung umgesetzt werden soll.

Während sich das oben beschriebene Spannungsfeld innerhalb der Schweizer Menschenrechts- und Friedenspolitik manifestiert, verweist das Beispiel Honduras auf einer zweiten Ebene auf die entscheidende Frage der Kohärenz verschiedener Schweizer Aussenpolitiken:

In der Region Bajo Aguán im Norden von Honduras wütet seit Jahrzehnten ein gewaltsamer Landkonflikt zwischen lokalen Bauernfamilien und der Palmölindustrie. Zahlreiche Bauern, Aktivist\_innen und Medienschaffende sind in den vergangenen Jahren umgebracht worden. Nichtsdestotrotz investierten die Weltbank – und damit auch der Schweizer Exekutivdirektor der Weltbank – in eine in dieser Region tätige Palmölfirma, der Landraub und gravierende Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Damit riskierte die Weltbank, den Konflikt weiter zu verschärfen und die Investition wurde im Nachhinein sogar von der internen Ombudsstelle der Weltbank als problematisch eingestuft. Darauf angesprochen rechtfertigte das Staatssekretariat für Wirtschaft und Entwicklung (SECO) die Entscheidung und verwies auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Entwicklungswirkung der Investition. Ganz allgemein zeichnet sich die Schweizer Aussenwirtschafts- und Handelspolitik durch eine sehr investitions- und unternehmensfreundliche, neoliberal geprägte Politik aus. Die Frage, ob Entwicklungs- und Wirtschaftsmodelle nicht unter lokalen Akteuren debattiert und ausgehandelt werden müssten, wird kaum zur Diskussion gestellt. Das Recht auf Partizipation und Mitbestimmung, die demokratische Aushandlung verschiedener Interessen, sowie der Schutz von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit – von der DEZA in einem umfassenden Programm gefördert und in der Schweizer Innenpolitik eine Selbstverständlichkeit – scheinen für die Schweizer Wirtschaftsakteure in Honduras zweitrangig.

Das Beispiel Honduras macht deutlich, dass die Schweizer Aussenwirtschafts- und Handelspolitik nicht immer im Zeichen der Friedens- und Menschenrechtsziele stehen. Verschiedene Agenden und Interessen stehen hier in Konkurrenz zueinander und die Friedens- und Menschenrechts-, sowie auch die Entwicklungsziele werden oft als moralisch wichtig, jedoch nicht prioritär, in die zweite Reihe gestellt. Solange jedoch die Politikkohärenz nicht hergestellt ist, sind die Bemühungen im Friedens- und Menschenrechtsbereich zwar gut gemeint, durchaus professionell und erreichen eine gewisse Wirksamkeit. Sie erhalten jedoch wenig aussenpolitische Glaubwürdigkeit und kaum innenpolitische Verankerung. Diese sind aber zentral,

damit das Schweizer Engagement für Frieden und Menschenrechte das volle Potential als „*change makers*“ in internationalen Konflikten und fragilen Kontexten entfalten kann.

Neben einer starken Friedens-, Menschenrechts- und Entwicklungsagenda – die UN Agenda 2030 bietet hier eine gute Vorlage - ist deshalb eine ganzheitlichere und politischere Herangehensweise wichtig und muss von den zivilgesellschaftlichen Organisationen aller Schattierungen stärker und auch kohärenter eingefordert werden. Dies führt zu einem konstruktiven innenpolitischen Dialog, der die Zivilgesellschaft, die Verwaltung und den Privatsektor einschliessen muss. Nur so können Berührungspunkte abgebaut und endlich diejenigen Themen angepackt werden, die für die Zukunft der Schweiz und ihren Platz in der Welt tatsächlich eine wichtige Rolle spielen.

Sidonia Gabriel  
Head of the Policy & Platform Program, swisspeace

Anna Leissing  
Program Officer, Policy & Platform Program, swisspeace